



Kommunales Nachbarschaftsforum Jahreskonferenz 2012



Erneuerbare Energien

Dokumentation der
Fachtagung am 09.05.2012
Im Amerika Haus
Berlin - Charlottenburg

Impressum

Veranstalter Geschäftsstelle des
Kommunalen Nachbarschaftsforums
bei der Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umwelt
Abteilung, Stadt- und Freiraumplanung

Informationen Geschäftsstelle des
Kommunalen Nachbarschaftsforums
bei der Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umwelt
Abteilung, Stadt- und Freiraumplanung
Am Kölnischen Park 3
10179 Berlin
Karen Hiort
Tel.: (030) 9025-1354
E-Mail: kommunales.nachbarschaftsforum@senstadt.berlin.de

**Fachliche Vorbereitung,
Organisation,
Durchführung und
Dokumentation** JAHN, MACK & PARTNER
Susanne Jahn, Gerlinde Mack
Mitarbeit
Anna Meyer, Ji-Hoon Park,
Anja Stöpel und Anne Wrase



JAHN, MACK & PARTNER
architektur und stadtplanung

Fotonachweis Jahn, Mack & Partner,
Titelbild, Berliner Botschaft / Katrin Schierloh

Stand der Dokumentation Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Begrüßung.....	3
Soll-Ist-Vergleich	4
World Café – Markt der Möglichkeiten	5
Handlungsmöglichkeiten	12
Podiumsdiskussion.....	14
Resümee	15
ReferentInnen und PodiumsteilnehmerInnen	16
Anlageverzeichnis	17

Einleitung



Moderator Jens-Holger Kirchner

Mit den Gesetzen zur Energiewende hat die Bundesregierung eine Neuausrichtung der Energieversorgung beschlossen. Künftig sollen erneuerbare Energien besser genutzt werden und leistungsfähige Netze ausgebaut werden. Diese Entwicklung betrifft auch Kommunen und Landkreise, die sich auf den Klimawandel und die Energiewende einstellen müssen.

Die diesjährige Jahreskonferenz des Kommunalen Nachbarschaftsforums hat zum Ziel, die Erfordernisse, Möglichkeiten und den Handlungsbedarf zum nachbarschaftlich abgestimmten Handeln zu verdeutlichen. Dabei soll insbesondere diskutiert werden, welche Chancen und Risiken aus der Nutzung erneuerbarer Energien entstehen und welche Aufgaben sich daraus für die Kommunen ergeben.

Die Jahreskonferenz des Kommunalen Nachbarschaftsforums versteht sich als Veranstaltung, in der maßgebliche planerische Aspekte praxisnah diskutiert werden. Darüber hinaus können gemeinsame Lösungen im Dialog gesucht werden.

Begrüßung

Moderiert wird die Jahreskonferenz von Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner. Dieser begrüßt die TeilnehmerInnen und verweist darauf, dass mit dem diesjährigen Thema „Erneuerbare Energien“ der kommunale Beitrag zur Energiewende beleuchtet werden soll.

Soll-Ist-Vergleich



Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze

Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze stellt zu Beginn der Konferenz die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg vor und betont dabei die Rolle des Landes Brandenburg als Schrittmacher beim Einsatz Erneuerbarer Energien. Die Energiestrategie 2030 steht unter dem Leitszenario, die Systemintegration der Erneuerbaren Energien und die Konvergenz der Energiesysteme erfolgreich voran zu treiben. Ziel ist es, die Energieeffizienz zu steigern und gleichzeitig den Verbrauch zu reduzieren. Eine aktuelle Herausforderung stellt der Netzum- und -ausbau dar, der die Grundlage bildet, weiterhin eine zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung gewährleisten zu können.

Die Energiestrategie 2030 wurde außerdem um das Ziel „Regionale Beteiligung und Akzeptanz herstellen“ ergänzt. Bis Ende 2012 werden die fünf regionalen Planungsgemeinschaften ihre Konzepte entwickelt haben. Die Erarbeitung der Energiestrategie 2030 erfolgte unter breiter Beteiligung von Verbänden, Kammern, Organisationen, Wissenschaft und des Landtages.



Prof. Dr. Bernd Hirschl

Erneuerbare Energien im Energiekonzept 2020 in Berlin - vom Schlusslicht auf die Überholspur?

Im April 2011 hat der Berliner Senat das Energiekonzept 2020 verabschiedet. Prof. Dr. Bernd Hirschl führt aus, dass Berlin im bundesweiten Ländervergleich am wenigsten EE einsetzt, auch wenn einzelne Indikatoren eine gute Bewertung erhalten. Vorhandene Potenziale müssen stärker genutzt werden, um den Anteil der EE auf mögliche 13 % zu erhöhen. Prof. Dr. Hirschl verweist auch auf die guten Umlandbedingungen, die es besonders im Bereich der Windenergieerzeugung stärker zu nutzen gilt. Das Energiekonzept skizziert den energie- und klimapolitischen Rahmen, der aktuell in ein Arbeitsprogramm und Instrumente zu überführen ist. Unter der Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure müssen landesspezifische und differenzierte Maßnahmen abgeleitet werden.



Dr. Wolfgang Dinkelberg

Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg (GRK) – ein Werkstattbericht

Ein informelles Planungsinstrument für den Umgang mit Energie- und Klimathemen ist das Gemeinsame Raumordnungskonzept, das von Dr. Wolfgang Dinkelberg vorgestellt wird. Darin werden energie- und klimapolitische Ziele für Berlin und Brandenburg umgesetzt. Neue Nutzungsansprüche brauchen Raum. Dies kann einerseits zu Synergien und andererseits zu Konflikten führen. Diese räumlichen Herausforderungen greift das GRK für Berlin und Brandenburg auf. Im GRK werden außerdem Fachplanungen, fachpolitische Strategien und Konzepte mit formalen räumlichen Planungsinstrumenten zusammengeführt. Die Phase der Bestandsanalyse ist inzwischen abgeschlossen. Bis 2013 sollen Handlungsempfehlungen für die Raumordnung formuliert werden.

Standortbestimmung erneuerbarer Energien in Berlin und Brandenburg

Auf den aktuellen Stand zum Einsatz erneuerbarer Energien geht Benjamin Dannenberg von der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. ein. In Berlin sind Anlagen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, sowie Ökostrom

Fortsetzung Soll-Ist-Vergleich



Benjamin Dannemann

sehr stark nachgefragt. Auch im Bereich der Biomasse-Leistung sowie der Erdwärmepumpen nimmt Berlin im Ländervergleich eine Spitzenstellung ein.

In Brandenburg finden sich ebenfalls zahlreiche Biomasseheizkraftwerke. Darüber hinaus ist ein hohes Potenzial für Windparks sowie für die Produktion von Biodiesel vorhanden. Hilfe bei der Gründung von Bürgerbeteiligungsanlagen leisten Energiegenossenschaften oder der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (DGRV). Gemeinden können sich für eigene Projekte darüber hinaus an Best Practice-Beispielen orientieren.



Stefan Slembrock

Rekommunalisierung: Energienetze als Voraussetzung für die Energiewende

Stefan Slembrock von der Alliander AG berichtet, dass es in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern bereits viele kleine Netzbetreiber gibt, die effizient arbeiten. Die Versorgung mit Energie ist eine der sichersten weltweit. Durch technologische, ökonomische und politische Entwicklungen geht der Trend weiter in Richtung eines dezentralen Netzbetriebs. Dadurch treten neue Energieanbieter am Markt auf, wie Landwirte, Handwerker, Telekommunikationsunternehmen oder Projektierungsgesellschaften. Die Umsetzung neuer Anlagen muss vor allem regionsspezifisch ansetzen und lokal gesteuert werden. Laut Herrn Slembrock erfordert die Energiewende kleinteiligere Strukturen und sie muss auf lokaler Ebene erfolgen, so dass gleichzeitig die Akzeptanz gesteigert werden kann. Für Kommunen ergeben sich daraus politische und wirtschaftliche Chancen.

World Café – Markt der Möglichkeiten

Im anschließend stattfindenden World Café tauschen sich die TeilnehmerInnen in kleinen Gruppen zu sieben Schwerpunktthemen aus. Die TeilnehmerInnen haben durch Tischwechsel die Möglichkeit, sich zu jeweils drei Themen einzubringen. Ergänzt wird das World Café durch die begleitende Ausstellung „Markt der Möglichkeiten“, in der Beispiele aus den Kommunen zum Einsatz von erneuerbaren Energien gezeigt werden.

Im Folgenden werden die Arbeitsergebnisse der Thementische zusammengefasst.

Thementisch Windenergie

Instrumente

Die Teilnehmer wünschen sich für die windenergetische Standortentwicklung transparente, rechtssichere Instrumente.

In den Kommunen gibt es große Unsicherheiten bezüglich Vorgaben und Verlässlichkeit der Regionalplanung. Auf Grund fehlender Rechtssicherheit treten immer wieder Rechtsstreitigkeiten (z.B. bei Ablehnung einer Windkraftanlage) auf, die Risiken für die Kommunen nach sich ziehen und Unsicherheiten bei den Genehmigungsbehörden auslösen. Zudem sinkt dadurch die Akzeptanz von windenergetischen Anlagen seitens der Bürger vor Ort. Der restriktive Umgang mit Planungskriterien wiegt stärker als kommunale Belange. Gewünscht wird eine langfristige Verlässlichkeit der politischen Vorgaben in Verbindung mit einem angemessenen Dialog mit den Kommunen. Durch eine

Fortsetzung World Café - Thementisch
Windenergie



*Im World Café wurden ausgewählte
Schwerpunkthemen rege diskutiert*

frühzeitige Einbindung der Kommunen in die Erstellung der Regionalpläne mit Berücksichtigung ihrer Belange kann das Risiko von Unsicherheiten und Rechtsstreitigkeiten gemindert werden. Um rechtliche Auseinandersetzungen sicher bewältigen zu können, sollten die Genehmigungsbehörden eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung erhalten.

Ein weiteres Hindernis sehen die Kommunen in den widersprüchlichen Positionen der Ministerien zur Windkraftplanung (z.B. TAK-Erlass vom 01.11.2011). Hier sollten für die Kommunen klare und schnell umsetzbare Vorgaben erarbeitet werden, um den Planungsprozess sicher und zügig voranbringen zu können.

Effizienz und Standortergänzung

Für einen effizienteren Energieertrag steht das Re-Powering von Windkraftanlagen, wobei genehmigungsrechtliche Hindernisse dazu führen, dass nicht alle Standorte geeignet sind. Mit einer Erweiterung des Genehmigungsrechts könnte die Anzahl von Re-Powering-Anlagen erhöht werden. Die Potenzialgrenze (Effizienz und Erträge) wird jedoch von politischer Seite überschätzt und benötigt ein Korrektiv durch intensiveren Dialog mit der Praxis.

Die Errichtung von Kleinwindanlagen gilt als sinnvolle Ergänzung von Großwindanlagen vor allem im städtischen Raum und für Inselösungen. Das Potenzial für Kleinwindanlagen ist jedoch begrenzt und rechtliche Rahmenbedingungen (Baugenehmigung, Naturschutz) fehlen.

Akzeptanz

Nach wie vor stehen Bürger Windkraftanlagen skeptisch gegenüber. Um eine Akzeptanz der Windkraft in der Bevölkerung schaffen bzw. erhöhen zu können, sollten Abstandskriterien zu Wohngebieten angepasst werden. Ein weiterer Aspekt liegt im Ausbau von Genossenschaftsmodellen. Diese erhöhen die Partizipation der Bürger und schaffen finanziellen Zugewinn.

Thementisch **Photovoltaik**

Instrumente

Ein großes Hindernis sehen die Kommunen in den zeitaufwändigen rechtlichen Rahmenbedingungen, die mit einer ständig geänderten Förderpolitik kollidieren. Dies erzeugt wiederum Planungsunsicherheit auf kommunaler Ebene. Hindernisse für die Errichtung von Photovoltaikanlagen entstehen durch fehlende Flächenausweisung, restriktive Bauvorgaben, Denkmalschutzbelange und fehlende Gestaltungskriterien, die einer Beeinträchtigung des öffentlichen Raumes entgegenwirken.



*Als Gastgeber fungierten Experten zu den
jeweiligen Themenfeldern.*

Große Hoffnung setzen die Kommunen in die regionalen Energiekonzepte (REK), die derzeit von den Planungsregionen mit allen relevanten Akteuren erarbeitet werden. In den integrierten Regionalplänen werden sämtliche raumordnerisch bedeutsame Flächennutzungen gesichert.

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen sollte die Photovoltaik mitbedacht werden. (Dachausrichtung nach Süden). Um Möglichkeiten für den Bau von Photovoltaikanlagen zu eruieren, eignen sich Baubestandserfassungen unter Berücksichtigung von Denkmalschutzbelangen, Statik, Gestaltungsvorgaben, Dachneigungen und -ausrichtungen. Ein weiteres Instrument ist die Erstellung eines „Dachflächenpools“, in dem private und öffentliche Flächenanbieter für potenzielle Nutzer gelistet sind.

Fortsetzung World Café - Thementisch
Photovoltaik

Organisation

Ein weiteres Hemmnis liegt im fehlenden Know-how und in fehlender Manpower in der Verwaltung. Durch den Einsatz von Klimaschutzmanagern könnten Kommunen bereits im Vorfeld Informationen sammeln, die für die Erarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig sind und Genehmigungsverfahren können beschleunigt werden. Äußerst wichtig erscheint den Teilnehmern, dass Klimaschutzmanager künftig mit Entscheidungskompetenz ausgestattet werden.

Kommunale Pilotprojekte stehen beispielhaft für eine nachhaltige Energiepolitik und fungieren als Impulsgeber für kommunale, regionale und private Akteure, regen zum Dialog und zur Umsetzung eigener Ideen an, laden zur Mitwirkung ein und bündeln Kompetenzen sinnvoll.

Potenziale

Viele aktive Investoren sowie eine hohe Akzeptanz in der Öffentlichkeit können als Multiplikatoren für eine nachhaltige Energiepolitik genutzt werden.

Eine hohe Anzahl von Konversionsflächen (Militär, Deponien, Folgelandschaften von Tagebaugebieten), eine Vielzahl von Dächern im öffentlichen, gewerblichen und privaten Bereich sowie Sichtschutz- und Lärmschutzwälle, Autobahnen und Bahntrassen bieten ausreichend Flächen für zusätzliche Photovoltaikanlagen.

Thementisch Biomasse

Woher kommt die Biomasse?

Biomasse ist ein wichtiger Rohstoff zur Energieerzeugung. Sie fällt in der Landwirtschaft als Abfallprodukt an oder wird als Rohstoff gezielt angebaut. Dabei besteht die Gefahr von Monokulturen. Auch tritt der Rohstoffanbau in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Ludwigsfelde hat sich einen Flächenanteil für die Energieproduktion als Ziel gesetzt, um sowohl die Produktion der Bioenergie zu befördern als auch eine Pflanzenvielfalt zu sichern.



Wilfried Thielicke unterhält sich mit den TeilnehmerInnen zum Thema Biomasse

Rieselfelder als Rohstofflieferant

Die Rieselfelder bieten ein großes Potenzial zur Erzeugung von Biomasse. Dieser Nutzung stehen jedoch rechtliche Hindernisse (Altlasten, Natur- und Landschaftsschutz, Grundwasserschutz) sowie Vorbehalte von Kommunen und Behörden entgegen. Hier sollte ein offener Dialog geführt werden. Mit Mediationsverfahren könnte zwischen den Konfliktparteien vermittelt und Konflikte könnten konstruktiv beigelegt werden.

Bioenergie – eine kommunale Chance

Biomasse fällt in Form von Biomüll, Grünschnitt, Laub, Holzabfällen usw. in allen Kommunen an. Ab 2015 dürfen kommunale „Grünreste“ nur noch unter Rückgewinnung von Energie verwertet werden. Für die Kommunen ergibt sich die Chance einer dezentralen Energieversorgung. (Derzeit werden oft lange Transportwege in Kauf genommen, um die Biomasse in Großanlagen zu verbrennen.) Für die Kommunen ergibt sich die Chance einer dezentralen Energieerzeugung. Aber nicht nur die Kommunen, sondern auch die Landkreise als Abfallbehörden sind gefragt, pfiffige Lösungen zur Energieerzeugung aus Biomasse zu entwickeln, um damit eine Diversifikation des Angebots zu befördern. Dezentrale Anlagen erfordern eine gute Vernetzung innerhalb der Kommunen bzw. interkommunaler Verbände. (Siehe auch Vortrag von Dr. Ulrich Wiegel „Wohin mit den Grünresten?“)

Fortsetzung World Café - Thementisch
Biomasse

Länderübergreifende und überregionale Zusammenarbeit

Es wird befürchtet, dass das Biomasseaufkommen begrenzt ist und vorgeschlagen ein gemeinsames Konzept für die beiden Länder zu erstellen. Als erster Schritt wäre eine länderübergreifende Klarstellung der Abfallbehandlung erforderlich. Rein statistisch gesehen sind jedoch genügend Flächenpotenziale vorhanden.

Zu einer Standortoptimierung gehören auch geeignete Standorte für eine Speicherung. Ein innovativer Ansatz ist die Idee, einen Beitrag zur Systemintegration der erneuerbaren Energien durch die Umwandlung von Strom in Gas und die Nutzung des Erdgasnetzes in Deutschland zu ermöglichen (Power to Gas-Konzept). Technische Optimierung und Wirtschaftlichkeit erfordern laufende Innovationen. Der überregionale Wissenstransfer ist daher ein Schlüsselprojekt bei der Entwicklung des Bioenergiestandortes Berlin-Brandenburg.

Thementisch **Rekommunalisierung der Energienetze**

Die Energiewende – eine kommunale Aufgabe

Zum Thema Energiewende wird viel über Großprojekte berichtet. Es zeichnet sich jedoch deutlich ab, dass es vor allem um kleinteilige Maßnahmen geht, die miteinander vernetzt werden müssen. Den Kommunen kommt dabei eine entscheidende Funktion der Initiierung und Steuerung zu. Ein Hindernis für die kleinteilige Produktion erneuerbarer Energien sind häufig die großen Netzbetreiber, die eine Einspeisung verhindern oder nicht angemessen vergüten (Bsp. BHKW Berlin Buch). Die dezentrale Energieerzeugung und kommunale Netze können auch dazu beitragen, dass sich die großen „Monopolisten“ nicht mehr verweigern können.



Begleitet wurde das World Café von der Ausstellung „Markt der Möglichkeiten“ mit Praxisbeispielen.

Eine Rekommunalisierung der Energienetze ist möglich

Es stellt sich die Frage, ob angesichts der demografischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Situation der Kommunen eine Rekommunalisierung der Energienetze finanzierbar ist? In Deutschland gibt es bereits viele kleine Netzbetreiber, die wirtschaftlich arbeiten. Ab 20.000 Einwohnern können kommunale oder interkommunale Netze - mit geeigneten Partnern - auf Dauer effizient betrieben werden. Notwendige Voraussetzung ist der politische Wille einer kommunalen oder interkommunalen Energiestrategie mit gemeinsamen Leitplanken und Zielen zur Energiepolitik von Kommunen und Netzbetreibern. Private Partner bringen organisatorisches und technisches Know-how mit und können die Kommunen hinsichtlich von Finanzierungsmodellen beraten und bei der Finanzierung unterstützen. Die örtliche Wirtschaft - insbesondere das Handwerk - wird eingebunden und befördert die regionale Wertschöpfung. Die Kommunen können Einnahmen aus Beteiligungen, Pachten und einem erhöhten Steueraufkommen aus lokaler Wertschöpfung generieren. Nicht zuletzt kann eine solche Energiestrategie auch zu einem wichtigen Imagefaktor werden.

Maßgeschneiderte Lösungen finden

Es gibt kein allgemeingültiges Modell, aber eine Vielzahl von Lösungsansätzen für die Rekommunalisierung, die konkret vor Ort für den konkreten Fall entwickelt werden müssen. Kommunen - allein oder gemeinsam im regionalen Verbund - sollten ihre eigene maßgeschneiderte Lösung auf der Basis ihres Potenzials und ihrer politischen Ziele finden. Für die Kommunen liegt darin die Chance, die Energiewende lokal selber steuern zu können. Bürgerbeteiligung und Transparenz bei der Erarbeitung der Lösung fördern die Akzeptanz.

Thematisch Klimaschutzkonzepte und Umsetzungsmanagement

Vermittlung der Notwendigkeit

Klimaschutz wird als sehr abstrakt beschrieben und ist bei allen Akteuren schwer zu vermitteln: sowohl bei Bürgern wie in Verwaltung und Politik. Ergebnisse werden in der Öffentlichkeit häufig als nicht wirklich überprüfbar und messbar empfunden. Eine Wirtschaftlichkeit wird angezweifelt. Die Notwendigkeit von Investitionen wirft die Frage auf, wer diese finanziert.

Dazu kommen Vorbehalte aufgrund der erschwerten Bedingungen für Ansiedlung oder einer Unterversorgung mit Strom bzw. vor neuen Technologien. Eine grundlegende vergleichbare Datenlage ist nicht wirklich vorhanden. Hierzu wird eine Aufbereitung von Daten und ein regelmäßiges Monitoring gefordert.

Informationsoffensive

Eine breite Informationsoffensive zur Aufklärung über Möglichkeiten und Notwendigkeiten im Klimaschutz und seiner Umsetzung kann bei der Schaffung öffentlicher Akzeptanz hilfreich sein.

Hier bedarf es eines Zusammenspiels aller Akteure. Für die Gemeinden bietet sich eine Lenkungsgruppe aus Politik, Verwaltung, Energieträgern, Wohnungsbaugesellschaften und die Einbindung der Bürger (z.B. in internetgestützten Foren) an.

Eindeutige Verantwortlichkeiten, politischer Wille und „Kümmerer“

Für ein umsetzungsrelevantes Klimaschutzkonzept bedarf es des politischen Willens und des Beschlusses eines Konzeptes und seiner Umsetzung.

Das Thema Klimaschutz ist ein Querschnittsthema und bedarf eines Kümmerers / Verantwortlichen, der an einer Stelle angesiedelt sein sollte, an der es einen querschnittsorientierten Einblick und Zugriff zu allen Abteilungen / Themen gibt. Diese/r Verantwortliche braucht eine fachliche Ausbildung bzw. Kompetenz, um die entsprechend nötige breite Information für alle Akteure und Schritte zur Umsetzung mit einem Konzept verbinden zu können.

Der Startschuss zu einem Konzept und seiner Umsetzung erfolgt häufig wegen der Energieeinsparnotwendigkeiten und -potenziale und nötiger Kostensenkung aufgrund steigender Energiepreise. Oft entstehen Forderungen nach Klimaschutzkonzepten auch im politischen Raum oder bei engagierten Akteuren bzw. aufgrund der möglichen Förderung von Projekten aufgrund eines vorhandenen Konzeptes.

In Brandenburg gibt es momentan parallele Bearbeitungen von regionalen und kommunalen Klimaschutzkonzepten. Die Hoffnung der Kommunen geht in die Richtung, dass dies zu regionalen Vorgaben bzw. zu einer Reduktion von Kosten durch Vorarbeiten und Richtlinien führt. Andererseits wird gefragt wie die Wünsche und Anforderungen der lokalen Ebene, der Kommunen und ihrer Akteure hier eingebunden sind, wie also regionale Konzepte und kommunale Konzepte aufeinander aufbauen. Hier braucht es klare Aufgabenverteilungen und eine deutliche Zusammenarbeit.

Interkommunale und Regionale Abstimmungen und Zusammenarbeit bei der Umsetzung sind nötig. Für die Umsetzung sollten personelle und sonstige Mittel im Haushalt oder über Förderung rechtzeitig gesichert werden.

Umsetzung: Konzepte konkret werden lassen

Mit den konkreten Projekten wird das Thema „Konzepte“ mit Leben erfüllt. Lobbyarbeit muss die notwendigen Akteure zusammen bekommen, und zwar

Fortsetzung World Café – Thementisch
Klimaschutzkonzepte und Umsetzungsma-
nagement

die großen und kleinen „Player“ – die Einfamilienhausbesitzer wie die Energie-
unternehmen. Interessenvertreter müssen von Anfang an eingebunden wer-
den. Für nötige Projekte sind Netzwerke aufzubauen bzw. zu nutzen
Die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung muss genutzt werden. Sie
muss mit Projekten des Klimaschutzes starten, um in der entsprechend nöti-
gen Kampagne zum Klimaschutz Möglichkeiten darzustellen.

Örtliche oder thematische Detailkonzepte und ihre Umsetzung zeigen als
Leuchttürme Möglichkeiten auf (siehe z.B. Medizinischer Campus Berlin
Buch).

Eine Energieberatung der Einfamilienhauseigentümer mit einem Wettbewerb
Energieverbrauch zu senken, erreicht ein breites Feld an Akteuren (siehe z.B.
Beispiel Spandau).

Bau- und Entwicklungsplanungen sind unter das Zeichen des Klimaschutzes
und -wandels zu stellen. Teile wie z.B. Wasserhaltung oder Naturschutz sind
schon länger Teil der Bebauungsplanung. Dies soll aktiver genutzt werden um
Ziele zu erläutern.

Thementisch Akzeptanz schaffen



*Gunther Heinrich leitete die Themenrunden
zum Thema „Akzeptanz schaffen“.*

Akzeptanz durch Information erhöhen

Mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung für Projekte, die den Ausbau der
Erneuerbaren Energien verfolgen, sind häufig auf ein Informationsdefizit zu-
rückzuführen. Ziel sollte sein, die Bürger frühzeitig, d.h. bereits vor dem förmli-
chen Verfahren zu informieren. Voraussetzung für eine aktive und umfassende
Informationskultur ist insbesondere eine zu intensivierende Forschung über
alle Energieformen und die Erarbeitung von integrierten räumlichen Energie-
und Klimaschutzkonzepten. Die Bürger fordern fundierte und verständliche
Auskünfte über die energiepolitische Ausrichtung der Kommunen und über die
in den Energiekonzepten im Detail zu formulierenden Maßnahmen. Kritik und
Bedenken werden häufig erst geäußert, wenn persönliche Nachteile befürchtet
werden. Politik, Verwaltung und Planer müssen über die konkreten Auswir-
kungen für jeden Einzelnen aufklären. Die Informationsverfügbarkeit bildet für
die betroffenen Anwohner und aktiven Bürger die Grundlage, politische Priori-
tätensetzungen und planungsrechtliche Entscheidungen nachvollziehen zu
können. Bürger zeigen zunehmend eine hohe Bereitschaft, ihren persönlichen
Einfluss auf die Energiewende zu erhöhen. Dem Bedarf nach einer effektiven
Energieberatung sollte zukünftig stärker nachgekommen werden.

Akzeptanz durch Partizipation an der Wertschöpfung

Akzeptanz entsteht durch Partizipation aller Akteure (Kommune, Anwohner,
Grundstückseigentümer, Landwirtschaftliche Pächter, Stromerzeuger, Netz-
betreiber) an der Wertschöpfung des Projektes. Kritik und Bedenken können
abgemildert werden, wenn die Projektbeteiligten sich dafür einsetzen, dass
alle Akteure einen direkten Vorteil (u.a. Gewinnbeteiligung, Kostenersparnisse,
Effizienzsteigerung) erzielen können. Partizipative Modelle wie Bürgerstiftun-
gen und Energiegenossenschaften dienen als positive Beispiele.

Ein aktiver Interessenausgleich schafft Akzeptanz

Ein aktiver und frühzeitiger Interessenausgleich zwischen den Akteuren sollte
als wichtige Aufgabe im Planungsprozess verstanden werden. Die Gestaltung
eines intensiven Abstimmungs- und Aushandlungsprozesses bedarf personeller
Ressourcen. Das Ziel, die Interessen von benachteiligten und privilegierten
Akteuren auszugleichen, ist im Rahmen eines transparenten Verfahrens klar
nach außen zu kommunizieren.

Fortsetzung World Café - Thementisch
Akzeptanz schaffen

Thementisch Einnahmen generieren



Die kleinen Gruppen schufen Raum zur Diskussion der einzelnen Probleme.

Kommune fungiert als Vorbild

Die Vorbildwirkung der Kommune spielt eine bedeutende Rolle für die Verdeutlichung des energiepolitischen Kurses von Kommunen. Aktive Bemühungen (u.a. Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden, Verringerung der CO₂-Emissionen durch die Umstellung der kommuneneigenen Fahrzeuge auf Elektromobilität) sensibilisiert die Öffentlichkeit für den sparsamen Umgang mit Energie und den Klimaschutz. Diese Energieeinsparung wiederum zum Teil in das Gemeinwesen zu investieren, dient als positives Zeichen.

Kommune frühzeitig die Mitwirkung an Projekten ermöglichen

Kommunen beklagen, dass sie oftmals erst im fortgeschrittenen Planungsprozess (z.B. bei der Errichtung eines Windparks) involviert werden. Ihre Möglichkeiten der Einflussnahme und direkten Partizipation am Projekt werden somit erschwert. Wichtige Absprachen zwischen den beteiligten Akteuren (Investor, Grundstückseigentümer, Stromerzeuger und Netzbetreiber) werden ohne den Einbezug der Kommune getroffen. Gefordert werden Anreize oder gesetzliche Regelungen, die den Projektierer zwingen, frühzeitig mit der Kommune ins Gespräch zu kommen.

Pro-aktive Einstellung der Kommune

Es empfiehlt sich für die Kommunen gegenüber Projekten zum Ausbau der Erneuerbaren Energien pro-aktiv eingestellt zu sein und eine langfristige abgestimmte energiepolitische Strategie, die u.U. auch die Rekommunalisierung der Energienetze anstrebt, zu verfolgen. Ein passives Verhalten hat zur Folge, dass sich andere Akteure in diesem Feld engagieren. Privat-öffentliche Kooperationen im Bereich der Erneuerbaren Energien bietet Kommunen die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Einnahmen für die Kommune und eine Abstimmung der Zielvorstellungen von Investoren und Kommunen wird es nur geben, wenn die Kommunen sich aktiv beteiligen oder sogar aktiv auf „ihren“ Projektentwickler zugehen. Verhinderungsplanung ist ein schwaches rechtliches Gegenargument.

Uneinigkeiten in den Kommunen entgegenwirken

Der Ausbau Erneuerbarer Energien und damit die Möglichkeit für die Kommune und die Bürger an der Wertschöpfung zu partizipieren ruft in den Kommunen vielerorts Unstimmigkeiten hervor. Uneinigkeit über Standorte, ungleiche Interessen und die Befürchtung persönlicher Benachteiligung führt zu verhärteten Fronten. Breit abgestimmte und politisch beschlossene kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzepten (auf der Basis der regionalen Energiekonzepte) und ein frühzeitiger Interessenausgleich kann helfen, Einigkeit herbeizuführen und Ziele zu verfolgen.

Zuwendungsbestrebungen an die Kommunen erleichtern

Es gestaltet sich in der Praxis schwer, Gemeinden freiwillige Zuwendungen zu kommen zu lassen. Gewährte Vertraulichkeiten können das Verfahren kontraproduktiv beeinflussen. Um den Verdacht entgegenzuwirken, dass Leistung und Gegenleistung unrechtmäßig zusammenhängen, wird empfohlen bei freiwilligen Zuwendungen die zuständige Gemeindevertretung einzubeziehen.

Handlungsmöglichkeiten

Im folgenden Teil werden konkrete Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Plenum präsentiert.



Klaus Georg Weißenberg und Katharina List

Regionales Klimaschutzkonzept Teltow + Kleinmachnow

Das Regionale Klimaschutzkonzept stellen Katharina List und Klaus Georg Weißenberg gemeinsam vor. Teltow befindet sich in einer attraktiven Lage mit Bevölkerungszuwachs. Gleichzeitig engagieren sich die Bürger zunehmend für ihren Lebensraum. Für einen verantwortungsvollen Umgang von Energie und Klima haben Teltow und Kleinmachnow Klimaschutzkonzepte in Auftrag gegeben.

Zur Realisierung des Konzepts wurde außerdem ein Klimaschutzmanagement eingerichtet, das vom Bundesumweltministerium gefördert und mit einem Eigenanteil der Kommunen finanziert wird. Um ressortübergreifend zu arbeiten, wurde das Klimaschutzmanagement querschnittsorientiert angelegt. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt über Schlüsselmaßnahmen, die ein Bewusstsein für Energiethemen schaffen sollen.



Wilfried Thielicke

Bioenergieregion Ludwigsfelde

Die Bioenergieregion Ludwigsfelde ist laut Wilfried Thielicke eine von 25 Regionen, die in der Zeit von Mitte 2009 bis 2013 ein bundesweites Netzwerk aufgebaut haben. Ludwigsfelde ist im Vergleich zu den anderen teilnehmenden Regionen sehr klein. Gefördert werden die Bioenergieregionen vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die erste Förderphase, in der vor allem der Auf- und Ausbau von Netzwerken sowie die Akzeptanzförderung und Konfliktmoderation Thema waren, ist bereits abgeschlossen. In der zweiten Phase geht es nun darum, die Idee der Bioenergieregion in der Bevölkerung weiter zu verankern und Projekte zu realisieren. Außerdem ist der Wissenstransfer ein explizites Ziel. Das gilt insbesondere für den Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und die umsetzenden Handwerksbetriebe, die neueste Techniken einsetzen sollen.



Dr. Ulrich Wiegel

Wohin mit dem städtischen Grünschnitt?

Wie die Verwertung des Städtischen Grünschnitts in Berlin abläuft, erläuterte Dr. Ulrich Wiegel von ICU in seinem Vortrag. Demnach werden Laub und Mähgut kompostiert und holzige Grünreste energetisch zu Strom und Wärme verwertet. Letzteres schont das Klima, während die Kompostierung weniger geeignet ist, weil hier Energie ungenutzt verloren geht. Da ab 2015 kommunale Grünreste nur noch unter Rückgewinnung der organisch gebundenen Energie verwertet werden dürfen, sind Alternativen zur Kompostierung notwendig. Vor allem sind Vergärung, energetische Verwertung nach Trocknung sowie eine hydrothermale Karbonisierung, aus der sogenannte Biokohle gewonnen wird, geeignet. So wird eine Klimaoptimierung der Entsorgung von Laub und Mähgut erreicht.

Kommunale versus regionale Planung von Windstandorten – Wie umgehen mit Planungskonflikten?

Dieses kontroverse Thema erörtern Jan Schröder und Janko Geßner in ihrem Vortrag. Die Regionalpläne sind seit 2004 nicht mehr erfolgreich fortgeschrieben worden. Aus diesem Grund ist eine eigene Planungshoheit von Kommu-

Fortsetzung Handlungsmöglichkeiten



Janko Geßner und Jan Schröder

nen zu diskutieren, um handlungsfähig zu bleiben. Einerseits können diese in einer eigenen Planung spezifisch auf ihre Bedürfnisse eingehen. Andererseits entspricht die Regionalplanung einer überörtlichen Planung, in dem Klimaschutzziele oder die Energiestrategie des Landes berücksichtigt werden, denen sich Gemeinden unterordnen müssen. Um die Planung insgesamt voran zu bringen, sprechen sich die Referenten für transparente, einheitliche Empfehlungen für die Gemeinden aus, mit der Möglichkeit, den Prozess zu öffnen. Sie sind weiterhin der Meinung, dass die Energiewende nur unter Einbeziehung aller Beteiligten erfolgen kann. Eine weitergehende Einflussnahmemöglichkeit der Kommunen erhöht dabei die Akzeptanz.



Philipp von Tettau

Eckpfeiler rechtmäßigen Investorenengagements in Gemeinden

Um das Engagement von Investoren rechtmäßig zu gestalten, erläuterte Philipp von Tettau ausgewählte Eckpfeiler. Besonders wichtig ist es, die „Pflicht“ von der „Kür“ zu trennen. Das bedeutet, dass beispielsweise baurechtsbezogenes Handeln von freiwilligen Investorenengagements in Gemeinden separiert betrachtet werden muss, da sonst baurechtliche, strafrechtliche oder steuerrechtliche Risiken auftreten können. Außerdem soll Transparenz gewahrt werden. Die Instrumente rechtmäßigen Investorenengagements müssen nach den Verhältnissen vor Ort abgestimmt werden und es muss geprüft werden, welche zivilrechtlichen Möglichkeiten bestehen. Zuletzt empfiehlt Herr von Tettau, stets die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu nutzen, damit Widerstand gegen Projekte möglichst nicht erst entsteht.



Gabriele Perlow

Stiftungsmodell

Eine Form der Bürgerbeteiligung stellt Gabriele Perlow mit dem Stiftungsmodell vor. Dazu erläutert sie die Voraussetzungen für die Gründung einer Stiftung sowie deren Funktionsweise. Frau Perlow hält es für besonders wichtig, regelmäßige Einnahmen zu generieren, um handlungsfähig zu arbeiten. Die Vorteile einer Bürgerstiftung bestehen darin, soziale Projekte in einem lokal begrenzten Raum langfristig und sicher unterstützen zu können. Das Stammkapital muss dabei erhalten bleiben, es ist allerdings möglich, Zustiftungen anderer Stifter zu bekommen. Daneben werden Stiftungen steuerlich begünstigt und sie agieren unabhängig von der Gemeinde und deren Haushalt.

Zu den Nachteilen zählt, dass mindestens 50.000 € Gründungskapital eingesetzt werden müssen. Regelmäßige Zuflüsse sind für einen Vermögensaufbau wichtig. Weiterhin ist für die Gründung eine staatliche Zulassung nötig. Die Beteiligung der Bevölkerung ist nur innerhalb der Stiftung möglich und deren Verwaltung bedarf ausgebildeter Fachleute.

Frau Perlow betont, dass es sehr sinnvoll ist, professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen. Dadurch, dass die Bürger direkt am Projekt beteiligt werden und einen Nutzen erkennen können, könne von vornherein Akzeptanz für umstrittene Projekte geschaffen werden.

Podiumsdiskussion

In der Podiumsdiskussion werden verschiedene Themen angesprochen:

Energiewende ohne Konzept

Karl-Ludwig Böttcher merkt an, dass die Energiewende bisher ohne Konzept durchgeführt wird. Dies sei sowohl zwischen Bund und Ländern der Fall, als auch zwischen den Ländern. Daher sollten die Grundlagen verbessert werden, um den Ausbau planmäßig erfolgen zu lassen und eine gerechte Wertschöpfung zu gewährleisten.

Außerdem sei eine messbare Gewerbesteuer nötig, die einen gerechten Umgang mit dem Raum begünstigt.



Akzeptanz zu schaffen sehen die TeilnehmerInnen an der Podiumsdiskussion als zentralen Punkt an.

Integrierte Energiekonzepte als Teil einer integrierten Stadtentwicklung

Erforderlich seien keine isolierten, sondern integrierte Klimaschutzkonzepte, die zu einer integrierten Stadtentwicklung gehören, so Anne Fellner. Eine querschnittsorientierte Planung ermögliche es, den Klimaschutz in allen Bereichen anzusetzen.

Allerdings sollten Energiekonzepte in kleinen Schritten umgesetzt werden. So werde die Akzeptanz in der Bevölkerung gesichert und die Energiekonzeption nicht überfordert. Wenn man eine Beteiligung schafft, kann auf kommunaler Ebene viel bewegt werden.

Interessenskonflikt zwischen energetischer Nutzung der natürlichen Ressourcen und dem Naturschutz von ökologisch wertvollen Gebieten

Innerhalb der Landesflächen Berlins ist laut Peter Hecktor der Ausbau von erneuerbaren Energien nur schwer möglich. Allerdings gibt es mit den Berliner Stadtgütern rund ein Viertel der Berliner Fläche, die außerhalb des Stadtgebiets liegt. Dort sei die Ausweitung erneuerbarer Energien möglich.

Als Beispiel werden die Rieselfelder genannt, die 5.000 ha Fläche umfassen und die über Ressourcen für erneuerbare Energien verfügen. Wegen fehlender Akzeptanz sei die Umsetzung hier schwer durchzusetzen.

Marco Schmidt von der TU Berlin sieht den Ausbau von Energiepflanzen für die Erzeugung von Biomasse als problematisch an. Die Rieselfelder im Speziellen sind wichtig für den Natur- und Landschaftsschutz und sollten nicht für eine energetische Nutzung verändert werden.

Anpassung an Klimawandel in kleinen Räumen wenig sinnvoll

Es gehe bereits heute weniger um den Klimaschutz als um die Klimaanpassung. Hier gehe es darum, sich frühzeitig auf den Klimawandel einzustellen und z.B. nachhaltige Konzepte zu entwickeln. Die Akzeptanz für solche Projekte weiterhin zu sichern, sieht Schmidt als größte Herausforderung in naher Zukunft.

Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzmanager als Instrumente zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen

Die Einbindung eines Klimaschutzmanagements, das die Umsetzung von konkreten Maßnahmen gewährleistet, wird von Klaus Georg Weißenberg ebenfalls als sinnvoll erachtet. Um ein Klimaschutzkonzept praxisnah zu gestalten, sei das Verfahren in Teltow beispielsweise breit angelegt und die Öffentlichkeit weitgehend beteiligt worden. Für eine konkrete Verbindlichkeit seien Schlüsselmaßnahmen festgelegt worden.

Fortsetzung Podiumsdiskussion

Gunther Heinrich hält es auch für möglich, größere Städte wie Nauen zur Klimaneutralität zu bewegen. Mit dem richtigen Konzept und einem Mix aus Energien sei eine derartige Entwicklung durchaus zu realisieren.

Energiekonzepte auf Landesebene sind ein wichtiger Meilenstein

Herr Heinrich sieht weiterhin Energiekonzepte auf Landesebene als Meilenstein zur Rahmensetzung für eine sinnvolle Planung in kleineren Räumen. Daran könnten sich die Kommunen orientieren, um ihre eigenen Konzepte anzupassen.



Die TeilnehmerInnen im Plenum hörten der Diskussion interessiert zu.

Planungshoheit der Kommunen sorgt für unkontrollierbare Entwicklungen

Herr Böttcher spricht sich gegen eine Planungshoheit von Kommunen in Hinblick auf unkontrollierbare Entwicklungen aus. Eine Privilegierung führe zu Wildwuchs und fördere wiederum Widerstände gegen den Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Regionalplanung sei wichtig, um einer Zersplitterung der Landschaft vorzubeugen und den Unmut der Bevölkerung zu verringern.

Es wird außerdem vorgeschlagen, einen Landesentwicklungsplan Energie zu erarbeiten. Weiterhin wird gefordert, die Energiestrategie auch planerisch umzusetzen. Ohne diese Grundlagen könne die Strategie nicht umgesetzt werden. Momentan gibt es laut Dr. Dinkelberg in drei Regionen rechtskräftige Pläne für erneuerbare Energien. Diese Planung sollte landesweit ausgebaut werden.

Im Gegensatz dazu reichen Strategien alleine nicht aus, um erneuerbare Energien weiter auszubauen, so Schmidt. Dafür seien ebenso praxisorientierte Konzepte nötig.

Die DiskussionsteilnehmerInnen sind einvernehmlich der Meinung, dass Bürger von Beginn an den Planungen beteiligt werden müssen, um sie zu sensibilisieren und möglichem Widerstand gegen Projekte zuvor zu kommen.

Resümee

Einig sind sich die Teilnehmer der Jahreskonferenz, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung die Voraussetzung für die Ausweitung von erneuerbaren Energien ist. Diese wird vor allem geschaffen, indem eine breite Beteiligung stattfindet, so dass sich keine Interessensgruppe ausgeschlossen fühlt.

Außerdem gibt es insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien zahlreiche Möglichkeiten und Erfordernisse interkommunaler Zusammenarbeit.

ReferentInnen und PodiumsteilnehmerInnen

Karl-Ludwig Böttcher	Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	Geschäftsführer
Benjamin Dannemann	Agentur für Erneuerbare Energien e.V.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Wolfgang Dinkelberg	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	Referat GL 3, Raumordnungsprogramm und Raumordnungspläne
Anne Fellner	Stadt Eberswalde	Leiterin Baudezernat
Janko Geßner	Bundesverband WindEnergie e.V.	Rechtsanwalt bei Dombert Rechtsanwälte
Peter Hecktor	Berliner Stadtgüter GmbH	Geschäftsführer
Gunther Heinrich	Stadt Nauen	Fachbereichsleiter Bau
Prof. Dr. Bernd Hirschl	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH	
Katharina List	Stadt Teltow	Klimaschutzmanagerin
Gabriele Perlow	Energiequelle GmbH	
Marco Schmidt	TU Berlin	Institut für Architektur
Jan Schröder	Bundesverband WindEnergie e.V.	Projektentwickler bei Notus Energy Plan GmbH & Co. KG
Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Brandenburg	Leiter des Referates Energiepolitik und -wirtschaft
Stefan Slembrouck	Alliander AG	Manager Akquisition
Philipp von Tettau	Müller-Wrede & Partner Rechtsanwälte	Rechtsanwalt
Wilfried Thielicke	Stadt Ludwigfelde	Leiter der Wirtschaftsförderung
Klaus Georg Weißenberg	Stadt Teltow	Regionalmanager
Dr. Ulrich Wiegel	Ingenieurconsulting Umwelt und Bau	

Anlageverzeichnis:

Anlage 1

Vorträge:

- Anlage 1.1 Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg
- Anlage 1.2 Erneuerbare Energien im Energiekonzept 2020 in Berlin - vom Schlusslicht auf die Überholspur?
- Anlage 1.3 Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg (GRK) – ein Werkstattbericht
- Anlage 1.4 Standortbestimmung erneuerbarer Energien in Berlin und Brandenburg
- Anlage 1.5 Rekommunalisierung: Energienetze als Voraussetzung für die Energiewende
- Anlage 1.6 Regionales Klimaschutzkonzept Teltow + Kleinmachnow
- Anlage 1.7 Bioenergieregion
- Anlage 1.8 Wohin mit dem städtischen Grünschnitt?
- Anlage 1.9 Kommunale versus regionale Planung von Windstandorten – Wie umgehen mit Planungskonflikten?
- Anlage 1.10 Eckpfeiler rechtmäßigen Investorenengagements in Gemeinden
- Anlage 1.11 Stiftungsmodell

Anlage 2

Ausstellungstafeln:

- Bioenergieregion Ludwigsfelde
- Bürgerstiftung
- Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg – Werkstattbericht
- Regionales Klimaschutzkonzept Teltow & Kleinmachnow
- Photovoltaik
- Rekommunalisierung der Energienetze
- Beispiele der Berliner Stadtgüter
- Verwertung des Berliner Grünschnitts

Anlage 3

Ergebnisse des World Cafés:

- Windenergie
- Photovoltaik
- Biomasse
- Rekommunalisierung der Energienetze
- Klimaschutzkonzepte und Umsetzungsmanagement
- Akzeptanz schaffen
- Einnahmen generieren

Anlage 4

Teilnehmerliste